



Baseballschlägerjahre & 20er Jahre

– Heranwachsen mit
rechtsextremer
Gewalt in
Brandenburg

ZUSAMMENFASSUNG | 08.02.2021

Online-Lesung & Debatte der FES-Brandenburg

Mit dem politischen Umbruch vor 30 Jahren vollzog sich für die Bevölkerung in Ostdeutschland ein radikaler Neubeginn in allen Bereichen. Zeitgleich erstarkten Nationalismus und Rassismus. An vielen Orten gehörten Straße und Plätze der rechten Szene. Hass und Gewalt brachen aus, insbesondere unter Jugendlichen. Neonazis und rechtsgerichtete Jugendliche schufen nach und nach rechtsfreie Räume und erfuhren, dass ihre Gewalt keine Konsequenzen hatte.

Der ZEIT Online-Redakteur und Autor Christian Bangel nannte diese für ihn prägende Zeit die Baseballschlägerjahre. Ende 2019 rief Bangel auf der Social-Media Plattform Twitter mit dem #Baseballschlägerjahre dazu auf, Erinnerungen an diese Zeit zu teilen und stieß damit auf eine hohe Resonanz. Viele Bürger_innen, sowohl aus Ost- als auch aus Westdeutschland, folgten seinem Aufruf und teilten ihre Erlebnisse und Erfahrungen aus dieser Zeit. Zu lange sei über die Baseballschlägerjahre geschwiegen worden und sie wirkten bis heute nach.

Die rechtsextreme Szene sorgt auch heute in vielen Orten Brandenburgs für Hass und Gewalt, die sich insbesondere gegen Eingewanderte und ihre Nachkommen sowie gegen Geflüchtete richtet. Am deutlichsten ist die Zahl rechtsextremer Gewalt in Brandenburg ab dem Jahr 2014 gestiegen: Der Verein Opferperspektive vermeldete im Jahr 2015 mit 203 rechten Angriffen in Brandenburg einen neuen Höchststand. Im Vergleich zum Vorjahr nahmen die rechten Gewalttaten damit um 120 Prozent zu. Diese Zahlen stehen in einem unmittelbaren Zusammenhang mit rechten Mobilisierungen gegen die Aufnahme der damals steigenden

Zahl von Geflüchteten und den Bau neuer Asylheime in Brandenburg. Auch für das Jahr 2020 registrierte der brandenburgische Verein Opferperspektive als Beratungsstelle für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt eine gesunkene, aber immer noch hohe Anzahl an Gewaltdelikten. Bei mehreren Angriffen im Jahr 2020 wurden in Brandenburg Waffen, u.a. Baseballschläger, verwendet und die Betroffenen teilweise erheblich verletzt. Diese Taten erinnern in ihrer martialischen Ausführung an rechte Angriffe aus den 1990er Jahren. Damit sind insbesondere Heranwachsende nach wie vor mit dem Problem erheblicher Bedrohungen und Gefahren im Alltag konfrontiert.

Vor welchen Herausforderungen stehen Heranwachsende in Brandenburg? Was muss getan werden, um sie nicht nur vor rechtsextremistischen Angriffen zu schützen, sondern auch um sie dazu zu befähigen, sich für eine gewalt- und hassfreie Gesellschaft einzusetzen?

Diese und weitere Fragen diskutierten der Journalist und Autor Christian Bangel, die Sprecherin für die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Innenpolitik der SPD-Landtagsfraktion in Brandenburg Inka Gossmann-Reetz (MdL) und Hannes Püschel, Berater des Vereins „Opferperspektive – Solidarisch gegen Rassismus, Diskriminierung und rechte Gewalt“ im Rahmen einer Online-Lesung und Debatte des Landesbüros Brandenburg der Friedrich-Ebert-Stiftung am 08. Februar 2021, die von Frauke Büttner, Leiterin der Geschäftsstelle Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Brandenburg moderiert wurde.

RECHTSEXTREMISMUS IN BRANDENBURG

In Brandenburg existiert heute sowohl ein traditioneller Rechtsextremismus als auch ein neurechtes und rassistisches Netzwerk, welches - anders als in den 1990er Jahren - nicht in abgeschotteten lokalen Gruppierungen agiert, sondern vielmehr als große Bewegung auftritt. Dieses Netzwerk reiche bis ins Landesparlament, so Gossmann-Reetz. Die Rechtsextremen rufen zum Widerstand gegen sämtliche Institutionen der Demokratie auf, erklären Andersdenke zu Feind_innen und stellen das demokratische Wertesystem in Frage.

Die antirassistische Bildungsarbeit vor Ort ist heute häufig durch Vandalismus und Kennzeichnung bedroht.

Gossmann-Reetz weist auf eine neue Form der Zermürbungstaktik und Denunzierung hin. Die AfD reiche zunehmend Anträge in politischen Gremien auf allen Ebenen ein, die sich gegen antifaschistische und feministische Bildungsarbeit richten. In diesem Zusammenhang werde oftmals auf das [Neutralitätsgebot](#) verwiesen und demokratisch politisierten Aktiven linksextremistische Absichten unterstellt. Zudem würden in den Anträgen aktive Personen, die mit vermeintlichen Straftaten in Verbindung gebracht werden, namentlich genannt, wodurch die Personalien öffentlich bekannt werden. Püschel bezeichnet dieses Vorgehen als Bedrohungskampagne seitens der AfD.

WELCHE REALITÄT SEHEN SICH JUGENDLICHE IN BRANDENBURG HEUTE AUSGESETZT?

Die Opfer von rassistischen und rechtsextremen Gewalttaten sind vorrangig Menschen mit migrantischen Wurzeln und Geflüchtete. 2019 seien 39 Prozent aller von rechter Gewalt betroffenen Personen Jugendliche gewesen, so Püschel. Diese Gewalt führe zu einer deutlichen Entfremdung der Jugendlichen mit migrantischen Wurzeln von der Gesellschaft, da sie häufig weder Schutz noch Unterstützung erfahren.

Politisch aktive und demokratisch politisierte Jugendliche sind heute nicht nur körperlicher Gewalt ausgesetzt, sie werden ebenso mit einer zunehmenden Mobbingkultur konfrontiert, die sich vor allem in digitalen Räumen wie Social-Media-Plattformen abspielt. Unpolitische Jugendliche kämen, anders als in den 1990er Jahren, immer mehr in Berührung mit rechtsextremistischen Inhalten, politisch interessierte Jugendliche dagegen fänden nicht ausreichende Möglichkeiten, diese Neugierde weiter zu entwickeln und zu debattieren. In den Sozialen Medien erfolge eine vermeintlich harmlose Kontaktaufnahme mit den Jugendlichen, woraufhin sie auf einschlägige rechtsextremistische Seiten im Netz weitergeleitet

werden. Diese entziehen sich jeder rechtlichen Kontrolle beklagte Gossmann-Reetz. „Der Zugriff von Rechtsextremen auf Kinder erfolgt im Kinderzimmer“, alarmierte sie, niemand würde mit ihnen darüber reden.

Außerhalb des Internets sieht die Landtagsabgeordnete Gossmann-Reetz folgende Problematik: Jugendbetreuer_innen, Sozialarbeiter_innen, Pädagog_innen und die Polizei erkennen zum Teil die neuen Merkmale der Rechten nicht und können dementsprechend nicht reagieren. Damit fehle den Jugendlichen qualifizierte Ansprechpartner_innen, die sie demokratisch bilden und schützen. Für viele Jugendliche sei die AfD eine Partei unter vielen und sie verstünden die Empörung gegenüber dieser Partei nicht. Zudem sei heute fast jede politische Demonstration rechts besetzt, wodurch die Jugendlichen das demokratische Grundrecht der freien Meinungsäußerung zunehmend mit rechten Inhalten verbinden. Ebenso fiele es den Jugendlichen schwer, die entsprechenden Ereignisse in der Vergangenheit, also in den Wendejahren, richtig einzuordnen, weshalb sie die Verbindungen zu der heutigen Situation nicht zu erkennen vermögen.

MÖGLICHE HANDLUNGSFELDER

Die Mitwirkenden waren sich darin einig, dass man erst begonnen habe, die Baseballschlägerjahre aufzuarbeiten. Das Vertrauen in die Demokratie müsse gefördert und mehr Angebote für demokratisch politisierte Jugendliche und entsprechende Anlaufstellen geschaffen werden. Die Hürden dafür seien damals wie heute zu hoch. Daher sei die Arbeit von Sozialarbeiter_innen in diesem Bereich wichtig. Jugendbetreuer_innen, Sozialarbeiter_innen und Pädagog_innen müssten daher entsprechend befähigt werden, frühzeitig alarmierende Symbole sowie Radikalisierungsmethoden und -tendenzen zu erkennen. Wichtig sei die Bereitschaft dieser Multiplikator_innen mit Jugendlichen über Politik in ihrem Alltag zu sprechen, „und dafür müssen wir sie befähigen Leuchttürme der Demokratie zu sein“, so Gossmann-Reetz und weist in diesem Zusammenhang auf Friedrich Ebert hin, der betonte, dass Demokratie immer das Angebot an alle zur Mitarbeit beinhalte. Es gehe darum, das Vertrauen in die Demokratie zu fördern. Hierbei sei es wichtig, dass insbesondere Kommunalpolitiker_innen die Demokratie in den Kommunen stärken, kommunal politisch aktive Jugendliche mehr unterstützen und Verstöße sowohl in der Verwaltung als auch im Ehrenamt mehr sanktioniert werden. Auch die justiziellen Behörden und die Polizei müssten für die neue Form des Rechtsextremismus sensibilisiert sowie die zivilgesellschaftlichen Organisationen gestärkt werden.

Betont wurde im Verlaufe der Debatte weiterhin, dass Demokratiestärkung und die Prävention von Extremismus nur gelingen könne, wenn rechte Gewalt juristisch konsequent verfolgt, ein Bewusstsein für die neue Form des Rechtsextremismus geschaffen und Jugendliche einen Zugang zur politischen Bildung und Medienkompetenz ermöglicht werde. Zudem müssten Opfer rechter Gewalt mehr Solidarität und Schutz erfahren.

In der abschließenden Bilanz aus den Erfahrungen der 1990er und 2020er Jahre betonte Gossmann-Reetz, dass Jugendliche Gesprächspartner_innen bräuchten und Opfer von rechter Gewalt sichtbar gemacht werden müssen. Notwendig sei auch ein Bewusstsein für die Vielfalt in Brandenburg. Püschel ergänzte, dass das Gewaltpotenzial, das viele Menschen geprägt habe, damals wie heute enorm sei. Er warnte davor, das Mobilisierungspotenzial der Rechten zu unterschätzen, weshalb es insbesondere heute von essenzieller Bedeutung sei, die Geschichte der Baseballschlägerjahre wie die der Gewaltwelle der letzten fünf Jahre aufzuarbeiten und Lehren aus dieser Zeit zu ziehen. Gewaltdelikte an Jugendliche dürften nicht verharmlost werden. Püschel forderte stärkere Bemühungen,

Jugendliche mit Migrationshintergrund vor Ort in den Kommunen in die lokale Gesellschaft zu integrieren und insbesondere Kommunalpolitiker_innen, Sozialarbeiter_innen, Lehrer_innen und Polizist_innen zu vermitteln, was Rassismus bedeutet und welche Wirkungen er auf die Betroffenen hat. Bangel sprach sich ebenfalls für eine Aufarbeitung dieser Jahre aus. Dabei solle die Opferperspektive im Fokus liegen, um damit die „Reserve der Demokratie anzapfen“.

Weiterführende Links:

<http://www.tolerantes.brandenburg.de/>

Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ ist eine Schnittstelle zwischen Staat und Zivilgesellschaft. Sie umgibt ein großes Netzwerk an Beraterinnen und Beratern in den Regionen, lokalen Koordinierungsstellen („Partnerschaften für Demokratie“), landesweit aktiven Vereinen und Verbänden bis hin zu den „Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Courage“.

<https://www.aktionsbuendnis-brandenburg.de/aktionsbuendnis>

Das Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Brandenburg ist ein Netzwerk von landesweit tätigen Organisationen, lokalen Bündnissen und Persönlichkeiten des Landes Brandenburg, die gemeinsam für eine zivilgesellschaftliche Mobilisierung gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit eintreten.

<https://www.opferperspektive.de/>

Die Opferperspektive im Land Brandenburg bietet kostenlose, professionelle Beratung für Betroffene rechter Gewalt und rassistischer Diskriminierung, deren Freund_innen, Angehörige und Zeug_innen an.

<https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/das-neutralitaetsgebot-in-der-bildung>

Broschüre vom Institut für Menschenrechte zum Neutralitätsgebot.

https://www.gesichtzeigen.de/wp-content/uploads/2020/06/201218_gesichtzeigen_united_pocket_broschuere_braunewaesche.pdf

Broschüre von „Gesicht zeigen!“ zu rechten Symboliken.

https://www.bpb.de/shop/lernen/themenblaetter/325357/was-denken-rechtsextreme?pk_campaign=nl2021-01-13&pk_kwd=325357

Aktuelles Material der Bundeszentrale für politische Bildung zum Thema Rechtsextremismus.

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN:

Friedrich-Ebert-Stiftung • Landesbüro Brandenburg
Hermann-Elflein-Str. 30/31 • 14467 Potsdam

AUTORIN:

Jeannette Jung,
freie Autorin

REDAKTION:

Anne Seyfferth,
Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Brandenburg

GESTALTUNG & SATZ:

Julia Heilck

COPYRIGHT 2021 Friedrich-Ebert-Stiftung


Potsdam@fes.de

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

**Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.,
Landesbüro Brandenburg**

Hermann-Elflein-Str. 30/31 | 14467 Potsdam
Tel. (0331) 29 25 55

Web. www.fes.de/landesbuero-brandenburg

 /FES.Brandenburg